

Präs: 04. Juli 2007

Nr.: 2533/J-BR/2007

ANFRAGE

der Bundesräte Gottfried Kneifel
Kolleginnen und Kollegen
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend Verbot des Verkaufs und der Weitergabe von „Killerspielen“

Der OÖ. Landtag hat am 12. Juni 2007 eine einstimmig beschlossene Resolution an die Bundesregierung gerichtet, mit dem Ersuchen, dass diese im Rahmen ihrer Kompetenzen alle Möglichkeiten - insbesondere im Strafrecht und in der Gewerbeordnung - ausschöpft, damit der Verkauf und die Weitergabe sowie das Betreiben von Spielen und Filmen, die kriminelle Handlungen von menschenverachtender Brutalität oder Gewaltdarstellungen verherrlichen oder verharmlosen, verboten werden.

Daher stellen die unterzeichneten Bundesräte an die Bundesministerin für Justiz folgende

Anfrage

- 1) Haben Sie diese Resolution des OÖ. Landtages (Beilage 1201/2007 zum kurzschriftlichen Bericht des OÖ. Landtags XXVI. Gesetzgebungsperiode) erhalten?
- 2) Gibt es in Ihrem Ministerium Pläne oder konkrete Gesetzesentwürfe, mit dem Ziel, den Verkauf und die Weitergabe so genannter "Killerspiele" strafrechtlich zu sanktionieren?
- 3) Sind sie bereit, strafrechtliche Tatbestände für die Verbreitung von "happy slapping", wobei unbeteiligte Personen gequält und geschlagen werden und per Handy mitgefilmt wird, einzuführen?
- 4) Sind sie bereit, Jugendschutz-Maßnahmen der Länder durch bundesrechtliche Initiativen in den genannten Bereichen zu verstärken?
- 5) Gibt es in Ihrem Ministerium Arbeitsgruppen, mit dem Ziel, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die bereits die Produktion, den Verkauf, den Vertrieb und die Weitergabe von jugendgefährdenden Spielen und Filmen verhindern?